

23

85

Union in Deutschland

Bonn, den 18. Juli 1985

Erziehungsgeld

Meilenstein in der Familienpolitik

Die Verabschiedung des Gesetzentwurfs zur Gewährung von Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub ist ein historischer Schritt für die Familienpolitik der CDU. Was seit mehr als zehn Jahren von der CDU gefordert worden ist, wird jetzt Wirklichkeit: Die Stärkung der Familie als einem der wichtigsten Grundpfeiler für das Gedeihen unseres demokratischen Staatswesens. Zugleich bringen Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub die Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau und deren Wahlfreiheit zwischen Beruf und Familie in einem bisher nicht gekannten Ausmaß voran.

Daß die familienpolitische Zielsetzung der Union verwirklicht wird, ist vor allem Bundesfamilienminister Dr. Heiner Geißler zu verdanken, der sich mit unermüdlicher Beharrlichkeit, auch gegen zahlreiche zähe Widerstände, für dieses Gesetz eingesetzt hat. Die heutige Entscheidung des Kabinetts ist deshalb auch ein persönlicher Erfolg für Heiner Geißler. Er hat einen Meilenstein gesetzt.

Zur Begründung des Erziehungsgeldes mit Beschäftigungsgarantie weist Bundesminister Heiner Geißler auf folgende Gesichtspunkte hin:

1. Erziehungsgeld von 600 Mark monatlich für 12 Monate ist eine entscheidende Hilfe für junge Familien

In dieser Ausgabe lesen Sie:

■ OSTPOLITIK

Warschau gegen Jugendaustausch

„Wenn ich polnischer Korrespondent wäre . . .“ Helmut Kohl vor der Bundespressekonferenz

Seite 3/4

■ ENZYKLIKA

Die CDU begrüßt das Eintreten des Papstes für die Einheit Europas

Seite 5

■ SPD

Nur Demagogie und Hetzkampagnen

Seite 6

■ MITTELSTAND

Kein Grund zum Pessimismus: Die Regierung Kohl arbeitet gut

Seite 7

■ RECHTSPOLITIK

Friedliebende Bürger werden jetzt besser geschützt

Seite 11

■ DOKUMENTATION

Aussteigen oder Einsteigen? — Wozu erziehen unsere Schulen?

grüner Teil

Hinweis: Die nächste Ausgabe UID 24/85 erscheint am 15. August 1985

und für die Wahlfreiheit der Eltern und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für 4,7 Millionen berufstätige Frauen.

2. Das Erziehungsgeld wird im Gegensatz zum bisherigen Mutterschaftsurlaubsgeld allen Müttern gegeben, also auch z. B. den Hausfrauen und den Selbständigen.

3. Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub können auch alternativ von den Vätern wahrgenommen werden.

4. Für die Betriebe entstehen durch die Inanspruchnahme des Erziehungsurlaubs keine Kosten:

a) Das Erziehungsgeld wird vom Bund bezahlt.

b) Die Kosten der Rentenversicherung für das erste Jahr werden vom Bund übernommen.

c) Die Erziehungsurlauber werden beitragsfrei in der Krankenversicherung weiterversichert und sie bleiben in der Arbeitslosenversicherung.

5. Zum Kündigungsschutz: Die jetzige Lösung ist eine einfache, unbürokratische und sowohl für die Frauen wie für die Betriebe gleichermaßen akzeptable Lösung:

Während des Erziehungsurlaubs darf nicht gekündigt werden. In besonderen Fällen kann ausnahmsweise eine Kündigung von der für den Arbeitsschutz zuständigen Behörde als zulässig erklärt werden. Diese Regelung gilt bereits jetzt für die ersten 2 Monate des Mutterschutzes und wird nach dem neuen Vorschlag ausgedehnt auf die ganzen 12 Monate, also auch für den 3. bis 8. Monat, für die bisher nach dem Mutterschutzgesetz ein absoluter und uneingeschränkter Kündigungsschutz vorgesehen war. Nach dem neuen Vorschlag sollte in der Begründung beispielhaft aufgezählt werden, welche Ausnahmen in besonderen Fällen gemacht werden können, so z. B. bei Betriebsstillegungen, bei Schließung einer Betriebsabteilung, wenn eine Umsetzung

nicht möglich ist, oder z. B. wenn für einen Kleinbetrieb eine Ersatzkraft nicht gefunden werden kann, die befristet zur Verfügung steht.

6. Neu soll eingeführt werden, daß Teilzeitarbeit bereits ab dem 3. Monat bis unter 20 Stunden in demselben Betrieb möglich ist; befristete Arbeitsverträge werden auf Dauer für Ersatzkräfte erlaubt, die Erziehungsurlauber müssen 1 Monat vor Beginn des Erziehungsurlaubs den Erziehungsurlaub beantragen und verbindlich erklären, in welchem Monat sie wieder in den Betrieb zurückkehren wollen. Bei diesen Verbesserungen entstehen für die Betriebe durch den Erziehungsurlaub keine Probleme mehr.

7. Erziehungsurlaub ohne Arbeitsplatzgarantie bedeutet für 4,7 Millionen berufstätige Frauen im Alter von 20 bis 40 Jahren das Risiko, im Falle der Schwangerschaft den Arbeitsplatz zu verlieren. Diese Frauen vor die Alternative „entweder Kind oder Arbeitsplatz“ zu stellen, ist unverantwortlich und mit den Grundsätzen der Sozialen Marktwirtschaft nicht vereinbar.

8. Familien- und kinderfeindliche Strukturen unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung müssen abgebaut werden. Die jetzt noch geltenden frauen- und kinderfeindlichen Strukturen haben dazu geführt, daß in der Bundesrepublik Deutschland heute auf 100 Todesfälle 61 Geburten kommen und die Bundesrepublik das Land mit dem höchsten Geburtendefizit ist.

9. Die Beschäftigungsgarantie beim Erziehungsurlaub kann eine entscheidende Entlastung des Arbeitsmarktes bringen. Nach Vorausschätzungen der Bundesregierung, auf denen auch die mittelfristige Finanzplanung beruht, werden im Jahre 1986 ungefähr 300 000 berufstätige Frauen oder Männer den Erziehungsurlaub in Anspruch nehmen. Wenn die Arbeitgeber dafür 300 000 befristete Verträge mit Ersatz-

kräften abschließen, wird der Arbeitsmarkt um die entsprechende Zahl entlastet. Arbeitskräfte stehen für befristete Arbeitsverträge ausreichend zur Verfügung. Nach dem Ergebnis einer Strukturanalyse der Arbeitslosen und offenen Stellen im September 1983 waren allein im Bereich des Handels über 168 000 Frauen arbeitslos. Die Zahl der arbeitslosen Frauen im Bereich der sonstigen Dienstleistungen überstieg 213 000, im verarbeitenden Gewerbe waren es fast 240 000. ■

Lob vom Bundesbankpräsidenten

Die CDU/CSU-Fraktion unterstützt die haushaltspolitische Linie der Bundesregierung in vollem Umfang. Die klaren Entscheidungen der Bundesregierung für eine Fortsetzung der Konsolidierungspolitik bei gleichzeitiger Steuerentlastung sowie die Beschlüsse zum Subventionsabbau werden ihre positiven Auswirkungen auf die weitere Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung nicht verfehlen.

Diese Auffassung vertritt auch Bundesbankpräsident Pöhl. Ausdrücklich begrüßte er die sparsame Haushaltspolitik der Bundesregierung und die für 1986 und 1988 vorgesehenen Steuersenkungen.

Die CDU/CSU-Fraktion wird in den kommenden parlamentarischen Beratungen über den Haushaltsentwurf 1986 durch eigene Initiative bemüht sein, das von der Bundesregierung erreichte bemerkenswerte Konsolidierungsergebnis weiter zu verbessern. Auf diese Beratungen werden sich die Haushaltsgruppen der Koalitionsfraktionen Anfang September unmittelbar nach der 1. Lesung des Bundeshaushalts 1986 in einer Klausurtagung vorbereiten. Dabei werden alle Haushaltspositionen auf den Prüfstand gestellt, sagte Manfred Carstens, haushaltspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Warschau gegen Jugendaustausch

Die von Bundeskanzler Helmut Kohl vorgeschlagene Gründung eines deutsch-polnischen Jugendwerks ist von der polnischen Regierung erneut abgelehnt worden. Mehr Begegnungen der Jugend beider Staaten ist seit langem ein Wunsch vieler Deutscher. Seit 15 Jahren erhoffen alle deutschen Parteien einen vergleichbaren Austausch, wie er mit der Jugend Frankreichs im besonderen, doch ganz allgemein mit fast allen freien Staaten dieser Welt vor sich geht.

Warum mißachtet die polnische Regierung diesen Wunsch und knüpft ihn fortgesetzt an unerfüllbare Bedingungen? Diesmal stellt Warschau die Bedingung, daß erst die Empfehlungen der Schulbuchkommission verwirklicht werden müßten, ehe man daran denken könne, die Jugend beider Länder auszutauschen. Dies heißt im Klartext: Ehe nicht an allen Schulen gelehrt wird, daß keine Vertreibung, sondern ein geordneter Transfer der Bevölkerung in den Westen stattgefunden hat, lassen wir die Jugend nicht reisen. Das kann man Ignoranten zumuten, aber nicht Menschen, die dabei nahezu zwei Millionen ihrer Angehörigen verloren haben, stellt MdB Hans Stercken fest.

Der deutsch-polnische Jugendaustausch könnte gerade dieses Verständnis fördern. Junge Polen würden von ihren deutschen Gastgebern hören, daß sie den Frieden genauso lieben wie sie. An die Stelle des nationalen Denkens würde ein neues Gefühl für europäische Zusammenarbeit treten, das aber schwerlich aufkommen kann, wenn die polnische Regierung mit fadenscheinigen Begründungen den Austausch verwehrt.

■ OSTPOLITIK

„Wenn ich polnischer Korrespondent wäre...“

Bundeskanzler Helmut Kohl hat vor der Bundespressekonferenz erklärt, was er seinen Lesern berichten würde, wenn er polnischer Korrespondent in Bonn wäre. Der Vertreter der polnischen Zeitung „Zycie Warszawy“ (Warschauer Leben), Zbigniew Ramotowski, hatte Kohl zuvor im Zusammenhang mit dem Streit um die Ostgrenzen die Frage gestellt, was er schreiben würde, wenn er an seiner Stelle wäre.

Helmut Kohl: „Ich würde zuerst mitteilen, was die polnische Regierung und die deutsche Regierung beim Warschauer Vertrag ausgehandelt haben. Ich würde den Leuten dann den Text hinschreiben, und zwar nicht einen gekürzten Text, sondern den ganzen Text. Und ich würde meinen Lesern dann schreiben, daß die damalige polnische Regierung — ich denke, die heutige ist völkerrechtlich in der Kontinuität — gesagt hat: Das ist ein Vertrag mit der Bundesrepublik Deutschland, aber das ist kein Vertrag mit einem Deutschland, das möglicherweise zu irgendeinem Zeitpunkt erst in Generationen seine Einheit gefunden hat. Dann würde ich ihnen zum dritten sagen, daß die Deutschen aus der Geschichte gelernt haben.

Ich würde den polnischen Lesern niederschreiben, daß die meisten Deutschen heute leidenschaftlich dafür sind, daß es ein polnisches Jugendwerk gibt und daß, wenn die polnische Regierung uns in diesen Ferien, in vierzehn Tagen, mitteilen würde: Wir haben 50 000 junge Polen zwischen 12 und 17 Jahren, Herr Bundeskanzler, sind Sie bereit, diese Polen in deutschen Familien unterzubringen?, ich es auf mich nehmen würde, dem polnischen Staats- und Regierungschef zu sagen: Binnen einer Woche sind diese 50 000 Kinder in deutschen Familien untergebracht.

Und dann würde ich als viertes Ihren Lesern schreiben: Was uns sympathisch ist an den Deutschen, ist, daß es dort keine Revanchisten gibt, von ein paar Verrückten abgesehen — aber die Psychiater behaupten ja, in einer modernen Industriegesellschaft seien vier Prozent der Bevölkerung eigentlich reif für eine Anstalt —, aber die gehören dann in den Bereich der Medizin und nicht der Politik, finden wir hier keine Revanchisten.

Als letztes würde ich sagen: Es wäre ganz nützlich, wenn man den Polen, einschließlich des Kardinals und Primas der Bischofskonferenz, einmal auch sagen würde: Es ist doch eigentlich eine gute Sache, daß die Deutschen privat in jenen kritischen Jahren, als das Kriegsrecht verhängt wurde, 300 Millionen Mark gesammelt haben. Ich würde weiterhin berichten, daß heute früh die Frau eines Bundestagskollegen rein zufällig am Telefon erzählt hat, daß sie heute zur 42. Lastwagenfahrt mit privaten Hilfsgütern, die sie gesammelt hat, nach Polen aufbricht.

Und wenn Sie das Ihren Lesern schreiben würden, dann würden Sie von Ihren Lesern die Antwort bekommen, da ist endlich einmal einer, der die Wahrheit schreibt über die deutsch-polnischen Beziehungen.

Und dann können Sie mir noch das Honorar für den Artikel schicken. Ich überweise das dann, wie alles, an die Parteikasse und lasse mich dann von Herrn Schily dazu einvernehmen.“

■ ENZYKLIKA „SLAVORUM APOSTOLI“

Die CDU begrüßt das Eintreten des Papstes für die Einheit Europas

Zur Enzyklika „Slavorum apostoli“ (Die Apostel der Slawen) von Papst Johannes Paul II. erklärt der Generalsekretär der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, Bundesminister Heiner Geißler:

Die CDU Deutschland begrüßt das Eintreten des Papstes für die politische, wirtschaftliche und kulturelle Einheit Europas und seine nachdrückliche Forderung für die Beachtung der Menschenrechte, insbesondere der Gewissensfreiheit, der Menschenwürde und der Religionsfreiheit in den kommunistisch regierten Staaten Osteuropas. Es ist bemerkenswert, daß der Papst gerade jetzt seine Stimme für die Menschen in Osteuropa erhebt, nachdem das erste Menschenrechts-Expertentreffen der Teilnehmerstaaten der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) in Ottawa ohne konkretes Ergebnis zu Ende gegangen ist.

Die CDU erinnert daran, daß sich die Sowjetunion und die Staaten Osteuropas 1975 in der Schlußakte von Helsinki verpflichtet haben, die „Menschenrechte und Grundfreiheiten, einschließlich der Gedanken-, Gewissens-, Religions- oder Überzeugungsfreiheit für alle ohne Unterschied der Rasse, des Geschlechts, der Sprache oder der Religion“ zu achten. Darüber hinaus hat sich der Ostblock verpflichtet, menschliche Kontakte und Familienzusammenführung zu gestatten.

Dennoch muß festgestellt werden, daß damit die Menschenrechtsverletzungen im kommunistischen Herrschaftsbereich nicht beendet wurden. Obwohl sich die UdSSR international zur Einhaltung und Achtung der Menschenrechte verpflichtet

hat, verweigert sie systematisch deren Anwendung in ihrem eigenen Herrschaftsbereich. Sie verschanzt sich hinter einem Souveränitätsdogma, um ungestört ihrer Machtpolitik nachgehen zu können. Gleichzeitig scheut sie sich aber nicht, die Menschenrechtsfrage in propagandistischer und diffamierender Weise als Waffe gegen die westlichen Demokratien einzusetzen, wie die Konferenz in Ottawa gezeigt hat.

Den westlichen Vorstellungen von den individuellen Menschenrechten, die der einzelne gegenüber dem Staat beanspruchen darf, setzt der Osten seine Auffassung von den kollektiven Rechten entgegen, die der Staat seinen Bürgern gewährt. Die Sowjetunion und ihre Verbündeten versuchen — unter dem Vorwand eines anderen Menschenrechtsverständnisses — sich ihren Verpflichtungen zu entziehen, die sie mit der Unterzeichnung der KSZE-Schlußakte übernommen haben. Es kommt jetzt mehr denn je darauf an, die Sowjetunion und ihre Verbündeten nachdrücklich auf die Einhaltung der eingegangenen Verpflichtungen zu drängen und immer wieder auf Verletzungen der Menschenrechte hinzuweisen.

Die CDU hat sich auf der ethischen Grundlage einer christlichen Politik in der Vergangenheit immer eingesetzt für die Verwirklichung der Menschenrechte in aller Welt und für den Kampf gegen Menschenrechtsverletzungen, wo immer sie stattfinden. Als Anwalt der Menschenrechte in aller Welt wird die CDU unbeirrbar an ihrem Einsatz für die Verwirklichung der Menschenrechte als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft festhalten.

■ SPD

Demagogie und Hetzkampagnen

Die spürbar wachsenden wirtschaftlichen und sozialpolitischen Erfolge der Regierung Helmut Kohl, Ergebnis ihres konsequenten Konsolidierungskurses, bleiben natürlich auch der SPD nicht verborgen. Und in Bonn ist nicht mehr zu verheimlichen, daß sich der Genossen eine gewisse Unruhe bemächtigt. Wie üblich bei den Sozialdemokraten suchen sie diese Nervosität hinter einer Steigerung ihrer aggressiven Haltung zu verbergen. Denn wenn die SPD auch nichts vorzuweisen hat: Demagogische Energie hat sie reichlich, erklärte Walter Brückmann, stellvertretender Sprecher der CDU.

So ist die gegenwärtige Strategie der SPD ausnahmslos darauf angelegt, unbeschadet aller Fakten Stimmung in ihrem Sinne zu erzeugen:

■ Die SPD scheut sich nicht, Umfragezahlen über Niedersachsen zu verbreiten, die an den Haaren herbeigezogen sind und die das SPD-nahe Institut „Infratest“ vollends in den Geruch der Unseriösität gebracht haben.

■ Die SPD setzt, so jetzt wieder Glotz, ständig neue Arbeitsbeschaffungsprogramme in die Welt, wobei es ihr nur darauf ankommt, daß die abenteuerliche Behauptung hängenbleibt, die SPD könne in kurzer Zeit die Arbeitslosenzahl um eine Million verringern.

■ Die SPD betreibt gemeinsam mit dem DGB die unverantwortliche Hetzkampagne der „neuen Armut“. Gleichzeitig scheut sich die Rau-Regierung in Nord-

rhein-Westfalen nicht, die beträchtlich erhöhten Regelsätze der Sozialhilfe wesentlich geringer als im Bundesdurchschnitt anzuheben. Was sich der frömmelnde Rau hier leistet, ist nur ein Beispiel für den zynischen Hintergrund sozialdemokratischen Verhaltens. Die konsequente Fortsetzung der jetzigen Regierungspolitik durch Helmut Kohl wird diesen Charakter der SPD in den kommenden Monaten weiter entlarven.

Europas Mittelstand hat zahlreiche Forderungen

Der Mittelstand brauche keine „Bonbons“, sondern nur die geeigneten Rahmenbedingungen zur Entfaltung seiner Leistungskraft, meinte der Vorsitzende der Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU Professor Gerhard Zeitel, in Madrid bei der vierten Generalversammlung der Europäischen Mittelstands-Union (EMSU). Bei der Tagung wurde eine Resolution verabschiedet, in der es hieß, daß die europaweite Arbeitslosigkeit nur durch Firmenneugründungen im Bereich des Mittelstands beseitigt werden könne, da nur kleinere Unternehmungen durch ihre Flexibilität dem Strukturwandel gewachsen seien. Für die europäischen Gremien wurde eine Erleichterung der Entscheidungsprozesse gefordert; außerdem wurde die Einführung von Euronormen verlangt, damit Handelshemmnisse zu beseitigen. Dazu wurde eine Reihe von Steuererleichterungen vorgeschlagen, um die Wirtschaft zu beleben.

Gleichzeitig wurde die Bedeutung der mittelständischen Betriebe für den technologischen Fortschritt unterstrichen, aus denen während der letzten Jahre zwei Drittel der Patentanmeldungen gekommen seien. Allerdings wurden die Schwierigkeiten beim europäischen Technologietransfer beklagt, wie überhaupt die Schaffung eines europäischen Binnenmarktes und die Einschränkung der Handelsbarrieren auch der Bürokratie verlangt wurden.

■ MITTELSTAND

Kein Grund zum Pessimismus: Die Regierung Kohl arbeitet gut

Die Stimmung im Mittelstand ist nicht gerade gut. Das hat sich zuletzt bei den NRW-Wahlen gezeigt, bei denen der Mittelstand seiner Enttäuschung auch Luft gemacht hat. Viele Mittelständler sind zur FDP gegangen, haben SPD gewählt oder haben sich verunsichert der Stimmabgabe enthalten. Was ist die Antwort der CDU darauf? Generalsekretär Heiner Geißler gab der Zeitschrift „mittelstandsmagazin“ ein Interview, in dem er u.a. sagte:

Das Ergebnis der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen war für die CDU ein Warnzeichen. Es kann uns nicht gleichgültig sein, wenn eine große Zahl der Mittelständler ihren Protest in der Wahl deutlich gemacht haben. Das Wahlergebnis kann nun allerdings nicht Anlaß für wirtschaftspolitischen Aktionismus sein. Vielmehr ist es notwendig, daß die CDU in den kommenden Jahren ihre mittelstandspolitische Perspektive deutlich herausstellt und die Bundesregierung die begonnene wirtschafts- und finanzpolitische Linie der Verbesserung der Rahmenbedingungen konsequent weiterführt. Unsere Politik ist eine Politik der Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft.

...Entscheidend für die weitere Entwicklung im Mittelstand ist, daß die Bundesregierung wichtige Schritte unternommen hat, um den Mittelstand von unnötigen Reglementierungen zu befreien. Wir fördern Existenzgründungen und neue Technologien und stärken die Investitionsfähigkeit. Wir müssen den technischen Fort-

schritt gerade bei den kleinen und mittleren Unternehmen voranbringen. Denn die mittelständischen Unternehmen sind in Wirklichkeit die Träger des technologischen Fortschritts; dies ist nicht allein die Großindustrie. Durch eine unzureichende Ertragslage und fehlendes Eigenkapital ist ein strukturelles Innovationsdefizit gerade auch bei kleinen und mittleren Unternehmen entstanden. Wer nicht risikofähig ist, ist auch nicht innovationsfähig. Deshalb ist es richtig, daß die Bundesregierung durch das Gesetz über Unternehmensbeteiligungsgesellschaften den mittelständischen Unternehmen den Zugang zur Börse erleichtern will.

...Für den Mittelstand gibt es keinen Anlaß zu Pessimismus. **Die Regierung Helmut Kohl arbeitet gut. Deshalb ist es notwendig, die Erfolge der Regierung offensiv nach außen zu vertreten.** Dennoch geht vielen Arbeitgebern und Arbeitnehmern unsere Politik der wirtschaftlichen Erneuerung nicht schnell genug. Ich kann den Ungeduldigen und Zweiflern nur sagen: Die Folgen der von der SPD 13 Jahre lang betriebenen Mißwirtschaft lassen sich nicht in 30 Monaten beseitigen. Wer als Handwerker oder als Kaufmann eine vollkommen heruntergewirtschaftete Einzelfirma in 2½ Jahren saniert, wird Bewunderung und Aufsehen erregen. Es dauert jedoch länger, eine durch politische Fehlentscheidungen abgewirtschaftete Volkswirtschaft mit zerrütteten öffentlichen Finanzen zu sanieren und die Voraussetzungen für mehr Beschäftigung und zukunfts-sichere Arbeitsplätze zu schaffen.

■ PRESSE

Helmut Kohl überreichte Journalistenpreis der Adenauer-Stiftung

Bundeskanzler Helmut Kohl hat am Montag, 15. Juli 1985, fünf Lokaljournalisten aus dem Bundesgebiet für „bürgernahe und engagierte“ Berichterstattung mit dem Journalistenpreis der Konrad-Adenauer-Stiftung ausgezeichnet. Bei einer Feierstunde in der CDU-Parteizentrale würdigte er zugleich den freien Wettbewerb und die Meinungsvielfalt der Zeitungen, die nach seiner Auffassung auch bei den neuen elektronischen Medien gelten sollten.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) hat den mit fast 20 000 Mark dotierten Lokaljournalistenpreis bereits zum fünften Mal vergeben. Sie wolle mit der Preisverleihung die Bedeutung des Lokaljournalismus „als Orientierungshilfe für den Bürger“ unterstreichen, erklärte KAS-Vorstandsmitglied Dr. Konrad Kraske, der den erkrankten Stiftungs-Vorsitzenden Dr. Bruno Heck vertrat. Daß diese Initiative der KAS „auf fruchtbaren Boden gefallen“ sei, beweist seiner Meinung nach die wachsende Zahl von Einsendungen — es beteiligten sich insgesamt 165 Lokaljournalisten beziehungsweise -redaktionen.

In seiner Festansprache nannte der Kanzler den Lokalteil „das Herzstück der Zeitung“. Er belegte dies mit Umfrageergebnissen, wonach 80 Prozent der Leser dem Lokalen den höchsten Stellenwert unter allen Ressorts einer Zeitung beimessen.

Der mit 6000 Mark dotierte erste Preis des Wettbewerbs der KAS fiel an die vor

eineinhalb Jahren gegründete Bezirksredaktion Pegnitz des in Bayreuth erscheinenden Nordbayerischen Kuriers für ihre redaktionelle Gesamtleistung.

Der zweite Preis in Höhe von 4000 Mark ging an die Pirmasenser Zeitung für eine Serie über die Chancen und Möglichkeiten für junge Selbständige.

Mit dem dritten Preis (2500 Mark) wurde die Kölner Redaktion des „Express“ für die Serie „Mein Freund ist Türke“ ausgezeichnet.

Sonderpreise für „herausragende journalistische Einzelleistungen“ erhielten die Journalistin Angela Lamza (Recklinghäuser Zeitung) für eine seit sieben Jahren erscheinende Sonderseite „Senior Aktuell“ und Uwe Bogen von der Pforzheimer Zeitung für eine Reportagenserie über Unfälle und das Schicksal schwerbehinderter Unfallopfer. Beide Preisträger reisen für jeweils 14 Tage zum ehemaligen Feriendomizil Konrad Adenauers in Cadenabbia am Comer See.

Bundesrat stimmte zu

Der Bundesrat hat am Freitag, dem 5. Juli 1985, dem vom Bundesminister der Verteidigung, Manfred Wörner, eingebrachten Gesetz zugestimmt. Damit ist der Weg frei, der zunehmenden Überalterung der militärischen Führer in den Streitkräften erfolgreich entgegenzuwirken. Das zum 1. April 1986 wirkende Gesetz ermöglicht:

- die vorzeitige Zuruhesetzung von 1 200 Berufsoffizieren in der Laufbahn des Truppendienstes,

- die Bewilligung von 250 zusätzlichen Planstellen in künftigen Haushalten,

- die Übernahme von 50 Berufsoffizieren der Laufbahn des Truppendienstes in Anschlußverwendungen ziviler Verwaltungen.

Dieser Beschluß gibt den Weg frei für eine Struktur der Streitkräfte bis weit in die 90er Jahre hinein.

■ HINTERBLIEBENENRENTE

Frauenfreundliche und sozial gerechte Lösung

„Wir haben die Kraft, ein neues Kapitel in der Rentenversicherung aufzuschlagen“, erklärt Bundesarbeitsminister Norbert Blüm anlässlich der Verabschiedung des Gesetzes zur Neuordnung der Hinterbliebenenrenten und zur Anerkennung von Kindererziehungszeiten durch den Bundesrat (5. Juli 1985).

Mit dem jetzt verabschiedeten Gesetz habe man erstens eine frauenfreundliche und sozial gerechte gesetzliche Lösung der Hinterbliebenenrenten durchgesetzt und zweitens durch die Einführung von Kindererziehungszeiten ein 100 Jahre altes Unrecht für die Zukunft ausgeräumt. Eine Alternative zu diesem Gesetz habe es nicht gegeben.

Blüm faßte die wesentlichen Inhalte der Neuregelung der Hinterbliebenenrenten wie folgt zusammen:

■ Die Hinterbliebenenrente mit Freibetrag sei systemgerecht, weil nicht mit dem alten System gebrochen werde, sondern es werde weiterentwickelt. Dabei bleibe man bei der bisherigen Unterscheidung zwischen Lohnersatz der Versichertenrenten und Unterhaltersatz der Hinterbliebenenrente.

■ Das Modell sei sozial gerecht, denn es schone alle Bezieher kleiner Renten und sei darüber hinaus bei der Anrechnung von anderen Einkünften behutsam.

■ Das Gesetz sei leistungsgerecht, weil die Anrechnung nicht, wie bei der Teilhaberrente, schon mit der ersten Mark einsetze, sondern erst langsam oberhalb eines Freibetrages.

■ Das Gesetz sei frauenfreundlich, denn 90 Prozent aller Witwen, die eine eigene Versichertenrente beziehen, erhielten auch zukünftig eigene Rente und Hinterbliebenenrente voll nebeneinander. Nur bei den 10 Prozent der Witwen, die eine hohe eigene Rente hätten, ruhe die Witwenrente teilweise oder ganz.

■ Das Gesetz sei familienfreundlich, denn für jedes waisenrentenberechtigten Kind erhöhe sich der Freibetrag um 190 DM.

■ Das Gesetz sei kostenneutral, weil Mehrausgaben bei der Hinterbliebenenversorgung alle Renten in Gefahr brächten, und es sei praktikabel, weil es in der Praxis auch dann keine Probleme gäbe, wenn beide Ehepartner unterschiedlichen Versorgungssystemen angehörten.

„Wir haben ein schwieriges Problem zu lösen“, sagte Blüm, „denn wir mußten rechtlich die Männer gleichstellen; denn sie erhielten bisher im allgemeinen keine Hinterbliebenenrente, ohne die Lage der Frauen zu verschlechtern und ohne die Rentenversicherung mit Mehrausgaben zu belasten. Das ist uns mit der Hinterbliebenenrente mit Freibetrag gelungen, so daß die Neuregelung, die in der Öffentlichkeit breite Unterstützung gefunden hat, zum 1. Januar 1986 in Kraft treten kann.“

Blüm erinnerte daran, daß die Hinterbliebenenrentenneuordnung nur für die Zukunft gelte; für alle, die schon in Rente seien, ändere sich nichts, daß es große Übergangsfristen gäbe und daß Ehepaare über 50 Jahre drei Jahre Zeit hätten, sich zwischen altem und neuem Recht zu entscheiden.

Zu der Einführung von Kindererziehungszeiten erklärte Blüm:

„Wir beenden ein 100jähriges Unrecht. Wer zugunsten seines Kindes auf Erwerbsarbeit verzichtet, soll in Zukunft dafür ein Jahr bei der Rente angerechnet bekommen.“

Die beste Lösung wäre gewesen, allen Frauen — auch allen, die schon in Rente sind — die Erziehungsjahre anzurechnen. Es gäbe nur ein Argument dagegen — und das sei leider schlagend: Es würde 5 bis 6 Milliarden DM jährlich mehr kosten, und das sei nicht finanzierbar. Deshalb haben wir uns entschlossen, jetzt das Machbare zu tun. Wir führen die Kindererziehungszeiten für alle Frauen ein, die nach Inkrafttreten des Gesetzes — also ab 1986 — in Rente gehen oder 65 Jahre werden.

„Es tut mir weh, daß wir das Erziehungsgeld nicht allen anrechnen können“, sagte Blüm, „aber wir dürfen nicht mehr versprechen, als wir halten können, und wir dürfen nicht länger warten, das zu tun, was wir tun können. Ich bitte die Mütter, denen wir das Erziehungsjahr nicht geben konnten, um Verständnis. Ich bin ganz sicher, daß diese Generation — vor die Wahl gestellt, entweder nichts zu tun oder jetzt mit einem großen Schritt zu beginnen — gehandelt hätte wie wir.“ ■

Kritik an SPD-Steuerplänen

Der Vorschlag von SPD-Bundesgeschäftsführer Peter Glotz, eine Art Steuer-Sonderabgabe zur Finanzierung eines Arbeitsbeschaffungsprogramms einzuführen, ist von der CDU/CSU-Fraktion kritisiert worden. Der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Matthias Wissmann, warnte vor einer Steigerung der Steuerlast. „Wenn man weiter an der Steuer- und Abgabenquote dreht, wird man die Arbeitslosigkeit nicht senken, sondern sie weiter erhöhen.“

Trauer um Werner Marx

Mit Werner Marx verliert die Union einen ihrer angesehensten Kollegen. Werner Marx gehörte zu jenen Männern, die noch die Vorkriegszeit, vor allem aber den Krieg und die Nachkriegszeit in ganz besonderem Maße erlebten und erlitten. Als Frontsoldat wurde er sechsmal verwundet. 1948 trat Werner Marx in die Christlich Demokratische Union ein, der seitdem sein unermüdliches Engagement galt. Seit Beginn seiner parlamentarischen Tätigkeit gehörte Werner Marx dem Auswärtigen Ausschuß an, zuletzt als Vorsitzender. Von 1969 bis 1980 führte er den Vorsitz im Fraktionsarbeitskreis für Außen-, Deutschland-, Verteidigungs-, Europa-, Entwicklungs- und Außenwirtschaftspolitik.

Bundeskanzler Helmut Kohl erklärt zum Tode von Dr. Werner Marx: Das frühe Ableben von Werner Marx hat mich auch ganz persönlich tief betroffen. Ich kannte ihn seit vielen Jahren als einen zutiefst redlichen und geradlinigen Mann, der die Wertmaßstäbe seiner persönlichen Lebenshaltung mit Überzeugungskraft auch in seiner politischen Arbeit vertreten hat. Werner Marx war ein überzeugter Demokrat, ein vorbildlicher Parlamentarier, ein hochgeschätztes, führendes Mitglied der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.

Sein besonderes politisches Interesse galt von jeher der Außenpolitik, insbesondere der Gestaltung der Ost-West-Beziehungen. Er hatte die Gabe und das Wissen, die aktuellen Entwicklungen in ihrer historischen Dimension zu durchdenken und zu bewerten. Die Konsequenz und Glaubwürdigkeit, mit der er seinen Standpunkt in diesen Fragen stets vertreten hat, trug ihm Ansehen und Respekt über die Parteigrenzen hinweg ein.

■ DEMONSTRATIONSSTRAFRECHT

Friedliebende Bürger werden jetzt besser geschützt

Mit der Novelle zum Demonstrationsstrafrecht, die am 28. Juni 1985 im Deutschen Bundestag in 2. und 3. Lesung verabschiedet worden ist, ist in einem wichtigen Punkt eine Wende in der Innen- und Rechtspolitik vollzogen worden. Damit wird ein Instrument zur besseren Bekämpfung der Gewalt und des Terrors geschaffen. Viele Mitbürger sind durch die zunehmende Brutalisierung bei öffentlichen Großveranstaltungen in Angst versetzt worden.

Mit der Reform haben wir auch eine Fehlleistung der früheren Bundesregierung zurechtgerückt. Sie hatte durch eine angebliche Liberalisierung das Recht zum Schutz des Landfriedens empfindlich aufgeweicht und damit die Verfolgung der Krawallmacher und Gewalttäter bei öffentlichen Veranstaltungen ganz erheblich erschwert, erklärte MdB Karl Miltner.

Künftig werden bei Demonstrationen die Vermummung und das Tragen von sogenannten Schutz Waffen wie Helm und Schild generell verboten sein und als Ordnungswidrigkeit bestraft werden. Strafschärfend (Vergehen nach dem Strafgesetzbuch) wirkt die Teilnahme in dieser Aufmachung bei gewalttätigen Demonstrationen, wenn der Betreffende trotz der Aufforderung der Polizei entweder diese Gegenstände oder Maskierungen nicht ablegt oder sich nicht aus der gewalttätigen Menge entfernt.

Damit werden das Grundrecht auf Demonstration, friedliche Demonstranten und die anderen friedliebenden Bürger vor der

Gewalt auf der Straße besser geschützt. Wer nichts zu verbergen hat, hat es auch nicht nötig, sein Gesicht zu maskieren oder sich zu bewaffnen. Jeder, der Erfahrungen mit Gewalttätigen bei öffentlichen Versammlungen sammeln mußte, weiß, daß praktisch alle Drahtzieher und Krawallmacher sich ver mummen oder bewaffnen. Mit der Novelle zum Demonstrationsrecht werden wir künftig an diesen harten Kern der Chaoten und Gewalttäter besser herankommen. Es handelt sich nach Schätzungen der Polizei um ca. 1500 bis 2000 herumreisende brutale Gewalttäter, die immer dann in Erscheinung treten, wenn es „Rabatz“ gibt.

Die Koalition hat mit diesem Gesetzesvorhaben einen wichtigen Teil der Koalitionsvereinbarung erfüllt und ihre Handlungsfähigkeit auch auf dem schwierigen Sektor der Innen- und Rechtspolitik unter Beweis gestellt. ■

Ein Erfolg für Europa

Staatssekretär Waldemar Schreckenberger informierte sich am 16. Juli 1985 am deutsch-französischen Grenzübergang Kehl/Europa-Brücke über den Erfolg und die praktische Handhabung der Erleichterungen im Grenzverkehr zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich. Anlaß dieses Besuches war der erste Jahrestag des Abkommens über den schrittweisen Abbau der Kontrollen an den gemeinsamen Grenzen. Im Pkw-Verkehr treten seit der Unterzeichnung des Abkommens praktisch keine Stauungen mehr auf, ohne daß dies mit Sicherheitsverlusten erkaufte worden wäre.

■ BEHINDERTE

Verbesserungen bei der Freifahrt

„Verbesserungen bei der Freifahrt für Schwerbehinderte im öffentlichen Personenverkehr können jetzt zum 1. Oktober 1985 in Kraft treten“, erklärte der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesarbeitsministerium, Stefan Höpfinger, in Bonn, nachdem der Bundesrat einem entsprechenden Gesetz zugestimmt hat.

Die Verbesserungen im einzelnen:

1. Gehörlose können — unabhängig davon, ob sie in ihrer Bewegungsfähigkeit im Straßenverkehr erheblich beeinträchtigt sind oder nicht — gegen Entrichtung der Eigenbeteiligung die unentgeltliche Beförderung in Anspruch nehmen.
2. Hilfflose, die in ihrer Bewegungsfähigkeit im Straßenverkehr nicht erheblich beeinträchtigt sind, werden Hilfflosen gleichgestellt, die schon nach geltendem Recht die unentgeltliche Beförderung in Anspruch nehmen können.
3. Die Befreiung von der Eigenbeteiligung wird auf alle „gehbehinderten“ Schwerbehinderten erstreckt, die laufend auf Sozialhilfeleistungen angewiesen sind.
4. Die unentgeltliche Beförderung in Eisenbahnen im Umkreis von 50 km um den Wohnort und in Verkehrsverbünden wird wieder eingeführt.
5. Die Zahlung der Eigenbeteiligung — 120 DM jährlich — wird dadurch erleichtert, daß

■ Halbjahresmarken erworben und

■ Teilbeträge der Eigenbeteiligung zurückerstattet werden können, sofern der zu erstattende Betrag mindestens 30 DM beträgt.

■ SOZIALHILFE

Leistungen deutlich erhöht

Ab 1. Juli 1985 gibt es für Sozialhilfeempfänger höhere Leistungen. Alle Bundesländer erhöhen die Regelsätze für laufende Leistungen zum Lebensunterhalt deutlich. Die durchschnittliche Steigerungsrate wird voraussichtlich bei 7,9 % liegen. Dies würde beim Regelsatz des Haushaltsvorstandes einen Anstieg von gegenwärtig 356 DM im Monat auf 384 DM (Bundesdurchschnitt) bedeuten.

Als Folge der Regelsatzanhebung erhöhen sich ebenfalls im Durchschnitt um 7,9 Prozent

■ die Mehrbedarfszuschläge für bestimmte Personengruppen (z.B. ältere Hilfeempfänger, Erwerbsunfähige, Alleinerziehende, Behinderte),

■ bei erwachsenen Heimbewohnern der Barbetrag zur persönlichen Verfügung (früher: Taschengeld),

■ die Familienzuschläge bei den für Hilfen in besonderen Lebenslagen maßgebenden Einkommengrenzen.

Künftig erhalten auch Alleinerziehende mit einem Kind unter 7 Jahren (bisher mit 2 Kindern unter 16 Jahren) und Hilfeempfänger der Altersstufe 60 bis 65 Jahre (bisher erst von der Vollendung des 65. Lebensjahres an) einen Mehrbedarfszuschlag zum Regelsatz von 20 %; das sind etwa 75 DM monatlich. Die Grundbeträge der Einkommengrenzen für Hilfen in besonderen Lebenslagen erhöhen sich um durchschnittlich 3 Prozent. In der Kriegsopferversorgung erhöhen sich die Blindenhilfe und das bei hochgradiger Pflegebedürftigkeit gewährte Pflegegeld.

■ ENTBÜROKRATISIERUNG

Rechtsbereinigungsgesetz bringt wesentliche Erleichterungen

Im Deutschen Bundestag fand am Mittwoch, 26. Juni 1985, die 1. Lesung des Ersten Rechtsbereinigungsgesetzes statt. Durch dieses Gesetz sollen künftig 18 Gesetze und Verordnungen völlig entfallen; in weiteren 31 Gesetzen werden insgesamt ca. 110 Einzelschriften zur Streichung vorgeschlagen.

Die mit dem Gesetzentwurf vorgeschlagenen Rechtsbereinigungsmaßnahmen sollen für die Betroffenen und für die Verwaltung wesentliche Erleichterungen und Vereinfachungen bringen, erklärte Staatssekretär Horst Waffenschmidt bei der Einbringung des Gesetzentwurfes. Zum Teil dient der Gesetzentwurf auch der Streichung von Vorschriften, die durch Zeitablauf und durch Rechtsänderung notwendig geworden ist. Insbesondere sollen Anzeige- oder Meldepflichten eingeschränkt, Genehmigungserfordernisse aufgelockert oder abgeschafft, Wertgrenzen angehoben und Genehmigungsverfahren durch Konzentration vereinfacht werden. Hierzu einige Beispiele:

1. Im Bereich des Bundesministers für Verkehr wird allein die Umwandlung des Beförderungsbescheinigungsverfahrens in eine bloße Anmeldepflicht im Werkfernverkehr jährlich zu einem Wegfall von ca. 10 000 Verfahren führen.

2. Im Bereich des Bundesinnenministeriums soll für genehmigungspflichtige Anlagen dadurch eine wesentliche Verfahrenserleichterung erreicht werden, daß die immissionsschutzrechtliche Genehmigung auch die Genehmigung nach Was-

serrecht einschließen soll, der Antragsteller also nicht mehr mit zwei nebeneinanderlaufenden Verfahren belastet wird.

3. Im Bereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sollen die Erlaubnispflicht für die Abgabe von Milch sowie der entsprechende Sachkundenachweis für das verantwortliche Personal in den Fällen künftig wegfallen, in denen Milch nur in verkaufsfertig bezogenen Packungen abgegeben werden.

4. Im Bereich des Bundesministers für Wirtschaft soll z. B. die Möglichkeit eröffnet werden, daß die Industrie- und Handelskammer die Voraussetzungen für die öffentliche Bestellung von Sachverständigen sowie deren Rechte und Pflichten selbst regeln können.

5. Im Bereich des Bundesministers der Justiz und des Bundesministers der Finanzen sollen statistische Meldepflichten der Pfandbriefbanken, die einen erheblichen Aufwand mit sich bringen, beseitigt werden.

6. Der Gesetzentwurf enthält auch eine Gruppe von Änderungs- und Ergänzungsvorschlägen, die der Anpassung an das Verwaltungsverfahren des Bundes dienen. Hier bestehen zwischen dem bereits dem Innenausschuß zur Federführung zugewiesenen Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Bereinigung des Verwaltungsverfahrensrechts und dem Entwurf eines Ersten Rechtsbereinigungsgesetzes sachliche Zusammenhänge.

Inzwischen wird in der Bundesregierung schon das nächste Rechtsbereinigungsgesetz vorbereitet. Die Bundesregierung

wird es so rechtzeitig vorlegen, daß es auch noch in dieser Wahlperiode des Bundestages verabschiedet werden kann.

Wir wollen bei der Rechts- und Verwaltungsvereinfachung nicht nur Vorschläge in einem Bericht zusammenfassen, wir wollen konkrete Schritte zur Entbürokratisierung verwirklichen, von denen die Bürger auch Vereinfachung wahrnehmen können, stellte Waffenschmidt fest.

Im Zusammenhang mit dem Ersten Rechtsbereinigungsgesetz sind folgende weitere Initiativen zur Rechts- und Verwaltungsvereinfachung zusammen zu sehen:

1. Zahlreiche Vorschläge zur Entbürokratisierung sind bereits neben dem Rechtsbereinigungsgesetz durch die Änderung von Gesetzen und Verordnungen in einzelnen Fachgesetzen bzw. Änderungsverordnungen realisiert worden. Als Beispiele nenne ich:

a) Die Statistikbereinigungsverordnung 1984 brachte den Verzicht auf Tausende von Fragebogen in der amtlichen Statistik, z. B. den Verzicht auf die Textilstatistik. Diese Verordnung hat Hunderttausende Statistikvorgänge bei Bürgern, Wirtschaft und Behörden eingespart.

b) Mit dem Verzicht auf die regelmäßige Einholung von Führungszeugnissen bei der Erteilung von Führerscheinen werden ca. 1,2 Millionen Anfragen beim Bundeszentralregister entbehrlich.

Der Erste Zwischenbericht der Bundesregierung zur Rechts- und Verwaltungsvereinfachung vom Dezember 1984 nennt 144 Bereiche, in denen solche Initiativen seit 1983 von der Bundesregierung eingeleitet worden sind. Viele dieser Initiativen wurden vorgeschlagen von der Unabhängigen Kommission für Rechts- und Verwaltungsvereinfachung des Bundes, in der Vertreter von Bund, Ländern und Gemeinden, Wissenschaft, Rechtsprechung und Wirtschaft unter meinem Vorsitz zusammenarbeiten. Dabei wurden auch be-

reits zahlreiche der rd. 1500 Anregungen ausgewertet, die Bürger, Betriebe, Verbände und auch Behörden an die Unabhängige Kommission geschickt haben.

Die nächste besonders bedeutsame Initiative zur Rechtsvereinfachung neben den Sammelgesetzen zur Rechtsbereinigung wird das neue Baugesetzbuch sein, dessen Referentenentwurf fertig ist und das noch 1985 vom Bundeskabinett verabschiedet wird.

2. Sehr wichtig im Zusammenhang mit dem Rechtsbereinigungsgesetz sind weiter die 10 Prüffragen zur Gesetzgebung, die das Bundeskabinett inzwischen für alle Ressorts verbindlich gemacht hat. Auf Vorschlag der Unabhängigen Kommission soll mit diesem Verfahren das neue Entstehen überflüssiger Vorschriften verhindert werden.

Ferner ist auf folgendes hinzuweisen: Den Verwaltungsbehörden wurden Empfehlungen zu arbeitsgerechten und bürgernahen Verfahren und für eine bürgernahe Verwaltungssprache gegeben. Diese Empfehlungen haben in den Verwaltungen großes Interesse gefunden. 32000 Exemplare sind bestellt und geliefert worden, davon 25000 an Bundesbehörden. Eine Neuauflage ist eingeleitet. Für ca. 25000 weitere Exemplare erteilte der Bundesminister des Innern Nachdruckgenehmigungen für andere Behörden.

Alle Bemühungen zur Rechts- und Verwaltungsvereinfachung können jedoch nur erfolgreich sein, wenn dabei Bund, Länder und Gemeinden — wie dies in den letzten Monaten geschehen ist — eng zusammenarbeiten. Der moderne Rechts- und Sozialstaat braucht ein gewisses Maß an Gesetzen und Verordnungen, aber es ist ein Irrglaube zu denken, daß alles schöner, besser und gerechter würde, wenn die öffentliche Hand es regelt.

■ ÖFFENTLICHKEITS-ARBEIT

„Gemeinsame Zukunft von Nord und Süd?“

Der Weltwirtschaftsgipfel und die Dritte Welt.“ Unter diesem Motto fand auf Einladung der CDU am 19. April 1985 — anlässlich des Bonner Weltwirtschaftsgipfels — ein öffentlicher Dialog mit der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung im Konrad-Adenauer-Haus statt.

Hauptredner war Bundeskanzler Helmut Kohl, der zu dem Thema: Dritte-Welt-Politik der Bundesregierung — Perspektiven des Weltwirtschaftsgipfels, sprach.

Weitere Redner waren:

Präses Dr. Heinrich Reiß, Mitglied des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, zu dem Thema: „Erfahrungen kirchlicher Entwicklungsarbeit und Erwartungen an den Weltwirtschaftsgipfel“,

sowie Bischof Dr. Franz Kamphaus, Vorsitzender der Deutschen Kommission Justitia et Pax unter dem Motto: „Entwicklungspolitik aus christlicher Verantwortung“.

Das Vorwort hielt Karl Lamers, MdB, Vorsitzender des Bundesfachausschusses Entwicklungspolitik der CDU.

Die obengenannten Reden sind als Broschüre erschienen und können beim

**IS-Versandzentrum,
Postfach 1328,**

4804 Versmold, bestellt werden.

Mindestabnahme: 50 Exemplare

Preis pro Mindestabnahme: 35,50 DM

Bestell-Nr.: 3663

■ SAAR

Lafontaines opportunistischer Aktivismus

„Lafontaine macht unser Land kaputt!“. Mit diesem Slogan warb die CDU Saar im Landtagswahlkampf. Leider bestätigt sich diese Aussage schon jetzt.

Seit der Regierungsübernahme des SPD-Linken Oskar Lafontaine bröckelt es in dem jüngsten Bundesland an allen Ecken und Kanten. Wenn die SPD dort von Aufbruch spricht, meint sie den Umbruch, der in den sozialistischen Abbruch führt. Die von Lafontaine im Wahlkampf vorgelegten Rezepte zur Sanierung des finanziell angeschlagenen Stahlkonzerns ARBED-Saarstahl erweisen sich immer mehr als zerplatzte Seifenblasen. Andere Wahlversprechen nahm er schon zurück, als er die Staatskanzlei in Saarbrücken kaum von innen kennengelernt hatte. Statt sich um die vitalen Interessen des Landes zu kümmern, betreibt er eine Politik, die einem Anschlag auf den Rechtsstaat ähnelt. Er hebt den „Radikalen-Erlass“ auf. Damit öffnet er Kommunisten und Neo-Nazis den öffentlichen Dienst, zieht linke Revolutionäre und Rechtsradikale mit Pensionsanspruch auf. Städte und Gemeinden an der Saar dürfen sich als „Atomwaffenfreie Zone“ auf den Ortseingangsschildern kennzeichnen.

Lafontaines Politik des sinnlosen Aktivismus bietet vielleicht noch als „Höhepunkt“ an, die netten Grenzlandschilder an den Übergangsstellen zu Frankreich und Luxemburg „Bienvenue Saarland“ mit dem Zusatz zu versehen: Sozialistische Republik, erklären MdB Hans-Werner Müller (Wadern) und MdB Werner Schreiber.

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 24 49
5300 BONN 1

■ ZITAT

Heile, heile Gänsche

Es war einmal ... Also: Es war einmal eine Zeit, da regierten in Bonn die SPD-Kanzler Willy Brandt und Helmut Schmidt. Es begab sich, daß die durchschnittliche Jahreszahl der Arbeitslosen von 149 000 im Jahr 1970 auf 1 833 000 im Jahr 1982 anstieg, insgesamt um mehr als anderthalb Millionen Menschen. Doch nur zweieinhalb Jahre später schickte sich der SPD-Bundesgeschäftsführer an, den großen und kleinen Kindern in Deutschland ein wunderschönes Märchen zu erzählen. Und das fing der Peter in diesen Tagen ganz listig an.

Peter Glotz erzählte über Radio Luxemburg von einer SPD, die sich ganz viel zutraut. Sie traue sich zu, den Sockel der Arbeitslosigkeit innerhalb von zwei Jahren um eine Million Arbeitslose zu vermindern. Er sagte nicht: Weil wir es in unserer Regierungszeit geschafft haben, die Arbeitslosenzahl um gut anderthalb Millionen klettern zu lassen, können wir auch versprechen, einer Million Menschen ruckzuck wieder Arbeit und Brot zu geben. Das mußte Peter auch nicht sagen, denn Wiedergutmachung ist ja kein

Thema für ein Märchen. Aber in jedem Märchen kann sich das Gute nur gegen Schwierigkeiten durchsetzen, und da hielt Glotz nicht hinterm Berg: Natürlich müsse die SPD erst wieder regieren, um ihre gute Tat vollbringen zu können.

Alle wissen, daß ein Märchen ans Herz gehen muß. Und so erzählte der Peter wie die Großmutter im Ohrensessel von einem „zweiten Lastenausgleich“ zum Abbau der Arbeitslosigkeit. Da sperrten die lieben Vertriebenen unter seinen Hörern Mund und Nase auf. Hatte nicht der erste Lastenausgleich ihnen gegolten, ihnen allen, die Ende des Krieges aus ihrer Heimat vertrieben worden waren? Nun werden sie im Märchen brüderlich vereint, diejenigen, die unter Todesnot von Haus und Hof verjagt wurden, und jene, die der böse Wolf im Schafspelz, der CDU-Kanzler, aus ihrer Heimat „Arbeit“ hetzt.

Und wie nach dem Kriege alle in die Tasche gelangt haben, um den Heimatvertriebenen zu helfen, so sollen auch jetzt wieder alle für die Arbeitslosen in die Tasche greifen. Der nächste SPD-Kanzler kassiert und verteilt, und dazu singt er sein Lied „Heile, heile Gänsche, 's ist schon wieder gut!“ Wie so manches Märchen endet auch dieses: Und wenn sie — die teuren Illusionen der SPD — nicht gestorben sind, so leben sie noch heute.

Die Welt, 16. Juli 1985

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Axel König, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, Btx-Nr. * 544 11 #. **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Argelanderstraße 173, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 22 10 81. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 5 44-3 04. **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lühje, Eberhard Luetjohann. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis** jährlich 48,— DM. **Einzelpreis** 1,20 DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.

UID